

aus dieser Weise, die Leute der deutschen Kommunisten in die Gefängnisse und Justizhäuser wandern. Und jetzt noch nicht einmal eine Vollkommenheit durchdrückt hat, sich für deutsche Kommunisten einzusetzen, die unter falscher Verantwortung nicht in Deutschland, sondern in Sowjetrußland verfolgt werden.

Was nun das Verfahren vor dem Obersten Gericht in Moskau angeht, so wird die bürgerliche und sozialdemokratische deutsche Presse weder vor der internationalen Öffentlichkeit noch vor der Geschichte Erfolg haben. Wie die Presse selbst bestreitet, ist der offizielle Verhandlungsbericht in Deutschland auch bei den amtlichen Stellen noch nicht eingetroffen. Aber man glaubt bereits auf Grund des offiziellen Berichts der Russischen Telegraphen-Agentur (Rosa), die oben erwähnten Mängel des Verfahrens rügen zu können. Es gehört Mut dazu, in einer Periode, in der es in Deutschland der Rechtsstaat im öffentlichen Abschlag befindet, in einer Zeit, in der der Deutsche Anwaltsrat die "Rechtsnot" auf allen Gebieten, insbesondere aber auf dem Gebiet des Strafprozeßrechts nachweist, das Verfahren eines anderen Landes als kulturrechtlich hinzustellen, während es vor allem notwendig wäre, sich zunächst mit der Entartung des eigenen Strafprozeßrechts zu beschäftigen.

Die Geschichte der politischen Prozesse in der deutschen Republik weist so viele Fälle der Verhöhnung der Verfassung, so viele Verurteilungen von Proletariern bei nicht erwiesener Schuld, so viele Kreisprüche von Konservativen bei erdrückendem Schuldhemmen auf, daß diese Justiz nur als Klassenjustiz, niemals aber nach dem Maßstabe einer "Gerechtigkeit" bestehen kann, jener ideologischen Erfindung, um den unterworfenen Klasse die Sprüche der herrschenden Klasse in einem höheren "überirdischen" Lichte erscheinen zu lassen.

Geradezu grotesk wirkt die Entrüstung über die Erwähnung der deutschen Behörden in den Moskauer Verhandlungen. Hat denn die deutsche Oberschicht vergessen, daß die Berliner Polizei im Winter 1924 es für richtig befunden hat, auf die Angaben des angeklagten Spindels Rausch hin in öffentlicher Belästigung an den Pissakusen den geliebten Vater als Mitglied der "russischen Tscheka" zu bezeichnen, obwohl sie nach einem Monat sich geweigert haben, die russische Regierung ihren offensichtlichen Irrtum einzugeben? Hat die bürgerliche und sozialdemokratische Presse keine Notiz davon genommen, daß die Anklageurin gegen Felix Neumann und Genossen (sogenannter "Tscheka-Prozeß") einen Artikel der "Londoner Times" die — offensichtlich verleumderisch — Angabe, es seien durch die "Tscheka" in Rußland 1856 118 Menschen hingerichtet worden, entnommen hat? Tatk die Art, wie der Vorherrschende des Staatsgerichtshofes Frieder von Sowjetrußland und seinen Einrichtungen wiederholt gesprochen hat, schließlich eine Erwidlung von offizieller russischer Seite finden würde, war nicht schwer vorzusehen. Die kommunistische Verteidigung hat auch standig gegen die offensichtlich unfreundliche, teilweise sogar verächtliche Behandlung eines bestreuten Staates protestiert.

Was nun die Behauptung angeht, die Anschuldigungen gegen die deutschen Studenten seien von der "Tscheka" erdacht und konstruiert, so weisen wir nur darauf hin, daß sich im Freiburger Kommunistenprozeß Herdtler und Genossen der württembergische Junglehrer Robert als ein von Konservativen Organisationen und von der württembergischen Polizei in die KPD hineingehandelter Spindel bekannt hat und seine rührige Tätigkeit innerhalb der Partei vor dem Staatsgerichtshof damit entlastigt, er habe sich das Vertrauen der Genossen erworben wollen, um nach Moskau geführt zu werden, wo er die "Kommunistische Internationale" im großen Maßstabe bespielen wollte.

So nicht angebracht aber ist die Entrüstung des "Berliner Tageblatt" über die Feststellung einer gemeinsamen Arbeit junger Studenten und ihrer Lehrer mit der Organisation Conjur. Im Gegenteil, der Inhalt seines Artikels ist der beste Beweis für die erwähnte Zusammenarbeit. Angehörige der Organisation Conjur verübten ein Attentat gegen die Person Walter Rathenau. Der Artikel des "Berliner Tageblattes" vom 3. Juli 1925 ist ein Attentat auf Rathenau bestie politischer Hinterlassenschaften, den Kapital-Vertrag.

Es zeigt die Ungeschicklichkeit der Außenpolitik und das schlechte Gewissen der deutschen Bourgeoisie, daß sie auf Schutz erappierter verbrecherischer Abenteuer die öffentliche Meinung gegen die einzige Großmacht aufbricht, die den Schadvertrag von Versailles nicht unterschrieben hat.

Um das Leben der drei Faschisten

Gegen das Urteil des Moskauer Obersten Gerichts gegen die drei tschechischen Reichsmörder läuft nach wie vor die gesamte Bourgeoisie Sturm. Das Reichskabinett wollte eigentlich gestern sich in einer Sitzung mit dem Moskauer Prozeß beschäftigen, hat jedoch die Sitzung auf Mittwoch vertagt. Für den Verurteilten Wohlth tritt vor allen Dingen Theodor Wolff im "Berliner Tageblatt" in einem langen Beitrag ein, in dem er diesen Burschen als das harmloseste Kind hinstellt, das keiner Fliege etwas zuleide tun kann. Wolff sei ein "lebenswürdiges Wesen mit heiterem, gutem Kinderherz". Den selben Ton der Verteidigung schlägt der Giechener Universitätsprofessor A. Nefler im "Frankfurter Zeitung" für Kindermann an. Er nennt ihn einen artigen, weichmütigen Menschen, der jeder Gewalttätigkeit abhält, aber zu jedem Liebesdienst stets bereit sei. Es waren wirklich liebenswürdige Burschen, die mit Blanko, Dolch und Revolver nach Rußland fuhren und sich übernahmen, schon manchen Kommunisten weggeschossen zu haben.

Der Bader Kindermanns scheint an verschiedene Blätter, daß die Schul am dem Todesurteil die Kommunistische Partei-Zentrale in Deutschland habe; er fordert die Staatsanwaltschaft auf, gegen die Kommunistische Zentrale einzuschreiten.

Einige Blätter stellen die Behauptung auf, das Todesurteil sei nur ausgeschlossen, um ein Austauschobjekt für den beim Tschekaprozeß verurteilten Skobleski zu haben.

Die Sowjetregierung will sich weder von den seitlichem rücksichtigen Redenreien, noch von den Drohungen beruhigen lassen; sie wird die drei Verbrecher, nicht wieder nach Deutschland zurückholen, sondern der gerechten Strafe geführen.

Die "D.A.S." macht Witze

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung", das Blatt der Schwerindustriellen, schreibt von einer Herausforderung Deutschlands und bezeichnet das Urteil gegen die drei Faschisten als Fehlurteil.

Dabei erlaubt sie sich den Wit, als Berater und Schützer Rußlands aufzutreten, indem sie schreibt:

Gerade jetzt macht England einen Vorstoß gegen die Territorialität der Sowjetunionen, während Rußland China im Kampf gegen die Exterritorialität der Jap-

pen unterstellt. Deutschland hat in diesen und vielen anderen Fragen gemeinsame Interessen mit Rußland, das aber zunächst einmal bedenken sollte, daß eine geordnete Nachfrage liegt im eigenen Sinne bis zur Bedeutung internationales Beziehungen ist. Das Moskauer Gericht ist seiner Verfassung und Zusammenfassung noch ein politisches und der Spruch hat mit Rechtspleite nichts mehr zu tun. Es ist wohl leidverständlich, daß die Todesstrafe nicht vollständig ist. Bei dem heutigen Zustand der russischen Strafjustiz und Haftvollstreitung kann aber in einer "Begnadigung" keineswegs eine Genugtuung gegeben werden. Die Gewährung der Riekenkredite an Kaiser und Barmat seien wirtschaftlich nicht von Nutzen gewesen. Die SPD-Vorzen behaupten heute noch das Gegenteil.

Zumer neue Korruptionseinführung

Berlin, den 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Beamten-Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages hält am Montag eine Sitzung ab, in der der Reichsbaudirektor Dr. Schatz außerordentlich belastende Aussagen über die Geschäftsmethoden der Seehandlung macht. Die Aussagen Schatz' waren eine einzige Kompromittierung des früheren Staatskanzlerpräsidenten von Dombrowski. Schatz erklärt, daß im Herbst 1923 die Seehandlung den Umschlag im Finanzsektor nicht erkannt und nicht begriffen hat. Die Gewährung der Riekenkredite an Kaiser und Barmat seien wirtschaftlich nicht von Nutzen gewesen. Die SPD-Vorzen behaupten heute noch das Gegenteil.

Weitere Sollfragen

im handelspolitischen Ausschuß des Reichs

Berlin, 8. Juli. (Telefon.) Der handelspolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit den Tarifpositionen Steine, Erde und Glas. Unter Ablehnung verschiedener Änderungsanträge, die auf eine Ermäßigung oder völlige Entlastung der betreffenden Zolltarife hinausgingen, wurden die genannten Positionen im wesentlichen nach den Vorschlägen der Regierungsvorlage angenommen. Ein Vorschlag, die gesetzte Materie in Bausch und Bogen zu erledigen, fiel auf entschiedenen Widerstand der Linken. Es wurde jedoch beschlossen, die zusammenpassenden Positionen zur gemeinsamen Beratung und Beschlusssitzung zu stellen.

Stellung der deutsch-französischen Handelsverhandlungen

Berlin, den 7. Juli. (Eigene Drahtmeldungen.) Nach ersten Meldungen sind die deutsch-französischen Verhandlungen abgebrochen. Eine Zusammenkunft wurde zwar noch vereinbart, doch ist kaum daran zu zweifeln, daß die Verhandlungen diese Zeit ruhen werden. Damit tritt zwischen Deutschland und Frankreich ein vertragloses Zustand ein.

Zum Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Die Morgenblätter melden, daß mit dem Abbruch deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen auch Privataufhandlungen zum Stillstand kommen könnten. Deutsche diplomatische Korrespondenz verbreitet über Unterbrechung der Verhandlungen eine Nachricht, die heißt: "Es darf angenommen werden, daß der durch die Verhandlung eingetretene französische Zustand bald wieder aufhebt. Die Unterbrechung zeigt die Gegenseite der Imperialisten, die Schwierigkeit selbst der Siegerstaaten, mit den Begegnungen zu einer Vereinbarung zu kommen. Die Verhandlungen bei dem Stadtkonvent der Imperialisten werden die Arbeit sein."

Die Monarchistenregierung bittet um gute Wetter

Am 12. Juli wird die deutsch-Hindenburg-Luther-Regierung eine Zwischenklausur nach Paris senden. Wie man erhofft, erfüllt die deutsche Regierung darin um Fortsetzung von Verhandlungen, um die Festlegung des Sicherheitspaktos auf einer internationalen Konferenz. Die Monarchistenregierung verfügt mit, die Unterwerfung zu verschließen, um dem Drängen monarchistischer Wähler etwas entgegenzutun. Die Unterwerfung der Monarchisten wird dennoch erfolgen.

Berlin. (Komunistische Interpellation zur Unterwerfungspolitik der Luther-Regierung.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation zur auswärtigen Politik der Stresemann-Regierung eingereicht:

„Ist die Regierung bereit, zu der durch die Unionspartei aus dem Stresemannschen Kanzleramt gegebenen Lage im Reichstag sofort Stellung zu nehmen?

„Ist sie geneigt, auf die Note Freunds die einzige mögliche Antwort zu geben: Sofortige Zurückziehung des Stresemannschen Vorschlags?

„Ist die Regierung ferner bereit, mitzuteilen, ob es von einer einheitlichen Außenpolitik des Kabinetts Luther gibt?

Eine rote Tschitscherins an England

Moskau. Tschitscherin erhob in einer Note an britischen Gesandtschaften in Moskau Einpruch gegen die Haftung des Vertreter des Nephtha-Konsulats des Sowjetstaates in Hongkong. Dieser, durch die britischen Behörden und dessen Auslieferung an ein gemischtes Gericht in Hongkong Tschitscherin bezeichnet das Schriftstück, auf Grund dessen angeklagt wurde, als „plumpe Fälschung“. Er fordert die Abschaffung des Gerichtsverfahrens, Entstaltung Dossiers der Haft und behält sich Schadensersatzsprüche vor.

Ein gemeinsamer Vorstoß der Kapitalisten gegen Rußland

Wie wir schon einige Male mitteilten, hat sich die Lage in England und Rußland derart angelöst, daß mit einem Abbruch der Beziehungen zu rechnen war. Angesichts der deutsch-französischen Verhandlungen scheinen die Engländer sich doch die Geschichte noch zu überlegen, sie verloren, um den Abbruch der Beziehungen herumzutun und dafür eine gemeinsame Aktion gegen Rußland vorzunehmen. Der "Manchester Guardian" teilt amtlich mit, daß England nicht an einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland beteiligt ist, sondern daß eine gemeinsame Aktion von allen den Mächten, die sich von der Agitation der I. Internationale bedroht fühlen, Russland, Frankreich, Tschechoslowakei unternommen werden soll. Die englische Regierung nehmte mit den Regierungen Äußerung, um Umfang und Charakter eines solchen gemeinsamen Schrittes in Moskau zu erwägen.

Suspition der Lage in Marocco

Der Sieg Abd el Krim

Nach Meldungen aus Marocco hat Abd el Krim das Zentrum der französischen Front durchbrochen und ist in den Rücken der Franzosen eingedrungen. Weiterhin erhofft man, daß auch an anderen Stellen die französische Front durchbrochen ist. Die Rifabalen haben mit starken Kräften den Ueghousch, der von den Franzosen seit zwei Monaten hartnäckig verteidigt wurde, überstiegen und eine Anzahl Dörfer erobert. In Paris herrscht eine sehr pessimistische Stimmung. Man beruft zwar, den Einbruch des Riedelgates etwas zu verzögern, indem die Regierung erklärt, für Jes und Taza besteht keine Gefahr. Auf die eingeborenen Maroccos hat das Vorbringen der Rifabalen außerordentlich gewirkt. Ein Teil der nach zu den Franzosen gehörigen Stämme ist von diesen abgespalten und zum Teil zu Abd el Krim übergegangen. Nach einer letzten Meldung ist die Stadt Taza jetzt bedroht. Mit dem Fall von Taza würden die Rifabalen das zur Küste vorgedrungen sein. Die Riedelgäte der Franzosen hat auf ihre Zusätzungen auf die Konferenz in Madrid, wo die Verhandlungen ins Stocken geraten. Die britische Regierung erklärt, daß ihre Interessen in Marocco nicht bedroht seien. Die Franzosen haben alle klar.



Dresden

Ein Fadelzug für Hindenburg

Die neueste Parole des Reichsbanners!

Die republikanische Schuttruppe hat beschlossen, am 11. August dem Generalstabschef Paul von Hindenburg und dem Zoll- und Steueramtschef in Berlin einen Fadelzug zu bringen!

Sozialdemokratische Arbeiter! Ist das der Kampf gegen die hindenburg-Reaktion? Von der man auch in der sozialdemokratischen Presse so viel erzählt? Euer Führer wollen euch zu hindenburg führen? Wollt ihr zur Schuttruppe Hindenburgs und Rüthers werden?

Der Zollamtschef kommt

Der Reichsminister Dr. Rüther, der Zoll- und Steueramtschef, kommt am Montag, den 12. Juli, Dresden zu besuchen. Sein Besuch wird den sozialen Industriellen gelten. Für die Werktags werden sich an Stelle seiner Person keine Zollmarchenpläne vorstellen. Die Arbeiterschaft muß diesen Besuch zu würdigen wissen und durch Kampfansage gegen die Zoll- und Steuerpläne dem Kanzler eine Begrüßung auseinander setzen lassen, die dem Zollamtschef sofort „Kehl-marsch“ bestellt.

Heuchelei der Koalitionsparteien

Protest gegen die Verlängerung der Polizeiunruhe. Die Parteigemeinschaft der Dresdner Gastwirtschafts-Organisationen veranstalteten in der Nacht vom Freitag zum Samstag eine Protestversammlung gegen die Aufhebung der Polizeiunruhe. Nach den Referaten von Voigt, M. d. L., und Eva Büttner wurde eine Enthaltung angenommen, die sich gegen die Verlängerung oder Aufhebung der Polizeiunruhe wendet. Die Enthaltung erachtet, gleichzeitig das Sozialliche Arbeitsministerium und Wohlfahrtsministerium als bisher die unterordneten Stellen nachdrücklich anzusprechen, der Überhand neuernden Überarbeitung der tariflichen 10-Stundigen Arbeitszeit in den sozialwirtschaftlichen Betrieben die größte Aufmerksamkeit zu widmen, die durch eine Verlängerung der Polizeiunruhe ungewohnte Formen annehmen würde.

Weiter forderte die ... Einführung eines allgemeinen Ruhtages!

Ausgerechnet ein Vollsparteier und Eva Büttner protestieren gegen die Verlängerung der Polizeiunruhe. Unschuld des Sängertests haben beide kein Wort des Protestes. Aber was tut man nicht alles, um Arbeiter und Arbeitersinnen für eine verräderliche Zwecke zu gewinnen. Aus puren Heuchelei haben beide gegen die beabsichtigte Verlängerung gesprochen.

Die Verlängerung der Polizeiunruhe kann nur durch den Kampf der Arbeiter verhindert werden. Die Gastwirtschaftshäuser müssen auf der Hut sein!

Bon der Vogelwiese

Die Aussteller gegen Übervorteilung.

Die Vogelwiesen-Hiranten veranstalteten am Freitag, den 5. Juli, eine Interessenten-Versammlung gegen die Wirkungsstunde, mit denen sie zu kämpfen haben. Nach verschiedenen Diskussionen wurde die Versammlung verlegt und fand anderthalb Monate später statt. Nach erfolgtem Geschäftsbericht der im vorigen Jahr gemachten Kommission wurde von allen Seiten auf die Wirkungsstunde hingewiesen. Die Firma Ihle u. Paule, welche von der Stadt Dresden das alleinige Recht auf Stromlieferung auf der Vogelwiese erhalten hat, rief die Machthabung gegen die Hiranten rücksichtslos aus. Die Versammlungsteilnehmer sagten über Wucher der elektrischen Firma. Diese Angriffe wurden mit folgenden Zahlen bestätigt: In einem Fall verlangte die elektrische Firma für 2000 Watt 40 Mark. Als sich der betreffende Hirant weigerte, zu zahlen, sonnte die Firma Ihle u. Paule den Preis auf 30 Mark herabzusetzen. In anderen Fällen wurden für 400 Watt 4 Mark, für 250 Watt 20 Mark, 2000 Watt 187 Mark, 4000 Watt 400 Mark, 1200 Watt 350 Mark verlangt. Für die Installation, die in einigen Fällen noch vom Sängertest her lag und schon bezahlt war, mußte für die Vogelwiese wiederholt bezahlt werden.

Gegen diese unerhörten Zustände wurde aus der Versammlung eine Kommission beauftragt, die vom Oberbürgermeister Büher Aenderung dieser Zustände forderte. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen, die Kommission entstand.

Weitere Beschwerben richteten sich gegen die Erhöhung der Stromgelder um 100 bis 150 Prozent. Die Vogelwiesegelehrte erwiderte dielebe mit den erhöhten Zimmermannslöhnen abweichen. Tatsache aber ist, daß die Zimmerleute im Frieden einen Stundenlohn von 75 bis 80 Pf. hatten und jetzt nur 20 Pf. verdienen. Also die Erhöhung der Löhne beträgt 33 bis 40 Prozent! Der übliche Schwund.

Sehr großes Misstrauen hatten die Hiranten gegen die Arbeitergemeinschaft der Schuhgesellschaften von Sachsen und Thüringen. Aufgabe der Hiranten wird es sein, sich weiter zu organisieren, um den Ausbeutern gegenüber gewappnet zu sein. Die Hiranten haben wie die Hand- und Kapitalisten um ihre Existenz zu kämpfen. Nur an der Seite mit den Arbeitern und Angestellten können die Hiranten ihre Lebenslage verbessern.

Deutscher Genossenschaftstag in Dresden. Der 13. deutsche Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine Düsseldorf-Kreisland findet vom 17.-20. Juli d. J. im Ausstellungspalast in Dresden statt. Neben den üblichen Verhandlungen gegenständen stehen folgende Referate auf der Tagesordnung: 1. Die städtische Grundlage der Konsumgenossenschaftsbewegung. Referent: Professor Dr. Bauer, Karlsruhe. 2. Die Gewinnung der Frauen und der Jugend für unsere Ziele. Referentin: Adelheidin Grete Külling vom Beamtewirtschaftsverein Berlin. 3. Lehren aus der Vergangenheit für die Zukunft. Referent: Verbandsvorstandsmittel Schild, Düsseldorf. Mit der Tagung ist eine Warenmesse der „Gepaq“ Großmärkte und Produktions-Allianzgenossenschaft deutscher Konsumvereine verbunden.

Das Vokamt des Dresdner Polizeipräsidiums. Das Preisseamt des Polizeipräsidiums teilt uns mit, daß das Vokamt des Polizeipräsidiums für den Verkauf mit dem Publikum fünfzig von 7.30 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet ist. Polizeibewerber, die auf schriftliche Abfrage Wert legen, werden gebeten, möglichst am zeitigen Vormittag vorzusprechen. Zumal jetzt in der Hauptzeit ist der Andrang in den Mittagsstunden

Keine Obstruktion der linken SPD. im Stadtverordnetenkollegium

Die linke SPD. sucht vor der rechten bürgerlichen Front

Döllrich (SPD) betrachtet durch die vorangegangenen Ausführungen die Erklärung seiner Fraktion für ungültig.

Genoß Werner: Der Stadtverordnete Köhl erklärt heute, der Vorleserheber sei gar nicht von Bedeutung. Was wir den Sozialdemokraten bei der letzten Wahl die Stimmen verweigerten, posaunte dieselbe Köhl in alle Welt die wahre Bedeutung der Vorleserwohl!

Wie war denn die Situation? Beim ersten Wahlgang waren sich die Bürgerlichen noch uneinig, weshalb sie auch viele Stimmzettel mehr in die Urne warfen. Damit wurde der erste Wahlgang ungültig, in welchem der Stadtverordnete Köhl die meisten Stimmen auf sich vereinigte. Beim 2. Wahlgang, in welchem der Stadtverordnete Köhl die Mehrheit erhielt, war auch ein Stimmzettel zu viel. Trotzdem erklärt jetzt der Vorleser die Wahl gültig. Wir, und auch die SPD, erklären die 1. Büroratswahl ungültig. Warum verhandelt da die SPD, als die städtische Fraktion unter Voritz eines jungen Vorlesers? (Zuruf von Goz: Ja, wollt' wir's nur zusammen!) Werner fortsetzt: Also wir sind bereit, wenn wir ihn rütteln, den Vorleser kommt und geht mit vor! (Die SPD schweigt, weil sie zu sehr ist, sich gegen einen Vollsparteier auszutun! Die Red.) Aus unserer Wahl für Köhl hätte die SPD schon ersehen können, daß wir zur Obstruktion bereit sind, und ich erkläre, daß die kommunistische Fraktion noch immer besteht, ist die Obstruktion mit der SPD gemeinsam aufzunehmen! Daraufhin erklärt Köhl, daß er es ablehnt, sich in den Dienst der Kommunisten zu begeben. (Die SPD bleibt im Dienste der Bourgeoisie, sie lehnt es ab, im Dienste der Arbeiterschaft zu stehen.)

Als der Büroratschef hört die Tagesordnung einzelnen behoben will, verlangsamt Stadtverordnete Döllrich die Erörterung des 1. Wahls des 2. Bürorats, da er geschäftsordnungswidrig auf die Tagesordnung gekommen ist. Es wird entsprechend beschlossen.

Zum zweiten Punkt steht ein Mehrheitsentscheid des Prüfungsausschusses zur Belehrungsfassung, daß Genossin Böhme als Berichterstatterin zu vertreten hatte. Da Genossin Böhme nicht anwendbar ist, da sie einen Auftag der Stadt ausführte, sollte die KPD-Fraktion sich sofort zur Verfügung, das Gutachten durch ein anderes Mitglied des Prüfungsausschusses vertreten zu lassen. Trotzdem glaubten die Sozialdemokraten durch ihren vertrauten Büroratschef Köhl ihre Parteiabspalten loszu können, indem sie die Genossin Böhme für Verzögerung des Antrages und heutige Nichtbehandlung für schuldig erklären wollte. Die sonst so tüchtigen Sozialdemokraten heulten jedoch mit den Deutschnationalen um die Wette, wegen der schlechten Vertretung der arbeitenden Arbeitersfrauen durch die Kommunisten. Aber das Demagogentüm verschlug. Der Genossin Wagner dehnte die Materie und verteidigte das Gutachten zum willen Wohle der Arbeitersfrauen. Ausdrücklich wurde gegen die Lüge der SPD und der Deutschnationalen festgestellt, daß das Gutachten sich durch später eingelassene gleichartige Anträge verzögert habe, um die gleiche Materie gemeinsam zu bearbeiten. Im übrigen sei das Gutachten schon das dritte Mal auf der Tagesordnung, die Konsulin Gräulein Dr. Snell (Demokrat) sprach mit unbefriedigbarer Entfernung gegen das Gutachten, um nach einer demokratischen Sitzung nach zahlreichen Angriffen wieder umzufallen und zu erklären, sie freue sich, falls das Gutachten Annahme finde. Das Gutachten verlangte a) den stillenden Müttern, die auf Erwerb angewiesen sind, für den ausfallenden Arbeitsbedarf den Betrag von mindestens 15 Pfennig wöchentlich auf die Dauer eines Vierteljahres, gebotenfalls darüber hinaus, zu gewähren, b) dieselbe Vergünstigung auch den Müttern zu gewähren, die infolge Krankheit oder Unterernährung nicht stillen können, aber ihren Kindern die sonstige mütterliche Fürsorge angedeihen lassen wollen, c) vom Ärzteauschluß hierfür Richtlinien aufstellen zu lassen.

Demgegenüber stand ein Minoritätsentscheid des rechten Flügels des Bürgertums, welches mit Mehrheit abgelehnt wurde: Bürgertum wollte beschließen, stillenden Müttern, die aus wirtschaftlichen Gründen bereits 8 Wochen nach der Entbindung zum Wiedereintritt in die Erwerbstätigkeit gezwungen sind, auf Antrag der Müttererholungsstelle eine Gehalt von wöchentlich 8 bis 12 Mark bis zum Abschluß des 1. Vierteljahrs, gegebenenfalls darüber hinaus, zu gewähren, d) dieselbe Vergünstigung auch den Müttern zu gewähren, die infolge Krankheit oder Unterernährung nicht stillen können, aber ihren Kindern die sonstige mütterliche Fürsorge angedeihen lassen wollen, e) vom Ärzteauschluß hierfür Richtlinien aufstellen zu lassen.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion zeigt der Arbeiterschaft eindeutig in welchem Lager die Arbeiterschaft steht, wie sie sich nennen, befinden. Waren die linken Sozialdemokraten nicht genau so wie die „Rechten“ am Bürgertum gebunden, dann hätten sie statt der Verjährung mit dem Bürgertum, gegen die reaktionäre Stadtverordneten-Mehrheit, gemeinsam mit den Kommunisten demonstriert und die Arbeiterschaft mobilisiert. Das Verhalten der Dresdner „Linken“ im Stadtverordneten-Kollegium ist ein Zeichen des Auskunds vor dem Untergang des Berliner Parteivorstandes und vor dem großen Konsil-Schicksal. Die Arbeiter müssen dieser Partei des Verfalls und des Proletariats ohne Zögern den Rücken kehren und sich der sichereren antimonarchistischen Front, der einzigen ehrlichen Zoll gegern, der einzigen Arbeiterspartei — der KPD. — anschließen.

Rundfunk

Mitteldeutscher Sender Dresden—Leipzig.
Leipzig (Welle 454). — Dresden (Welle 202).

Montag, den 8. Juli 1922.

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 12. Uhr: Mittagszeitung auf der Rundfunkstation. 12.30 Uhr: Neuerer Zeitgeschichtliches Bericht und Pressebericht. 4.30—6 Uhr: Märchenabend für Kinder. Jenny Ritschau liest Märchen und die Ausbildungskapelle stellt entsprechende Wellen. 6.45—7 Uhr: Kinderschulstunde. Dresden Programm für beide Wellen. (454 und 202) 7—7.30 Uhr: Vortrag: Dr. Krebs, Dresden, „Entstehung und Auswirkung des Steuertarifvertragsgesetzes“. Görlitz-Schweiz. 7.30—8 Uhr: Vortrag: Regierungsrat Doenges, Dresden: „Das Bergbaugesetz in der sächsischen Schweiz“. 8.15 Uhr: Musikalische Darbietungen und Recitationen. Mittwochsende: Räuberhaut der 25. Volksschule, unter Leitung von Rudolf Krauß, Max Jöhrig vom Neukläder Schulspielhaus (Reklamationen). Nachmittag (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Hochdeutscher Sportfunkdienst. Danach Langzeit mit 10—11.30 Uhr.

Gegen die Militarisierung der Polizei — für die Aufhebung der Katernierung — für eine bessere Bezahlung der Polizei

Im Landtag beschloßte sich der Ausschuss A in zwei längsten Sitzungen mit dem Votz-Exkl. Der Reichstagsstätte, der Sozialdemokrat, Erhard, empfahl im großen Ganzen den von der Regierung vorgelegten Entwurf zur Annahme. Von den Sozialnationalen wurde erneut ein Vorschlag unternommen für die höhere Einstufung der höheren Beamten und für die Verkürzung der höheren Polizeioffizierstellen. Der deutschationale Redner trat für „straflose Disziplin“ ein und forderte, daß die Autonomie des Vorgerichts unter allen Umständen gesichert werden muß. Die Redner der Volkspartei stellten sich im Wesentlichen auf den Boden der Deutschen Nationalen. Sie forderten in einigen Anträgen das Verbot des Auszugs von fast alkoholisierten Getränken an die Jugendlichen, unter 17 Jahren, und ein Tempolimit für alle Jugendlichen unter 17 Jahren. Der demokratische Redner, der Abgeordnete Claus, stellte sich auf den Boden des Reichstagsstatters. Auch er wünschte eine Verkürzung der besserbezahlten Polizeistellen.

Der Genosse Siemert als Vertreter der kommunistischen Fraktion nahm eingehend zu den Ausführungen des Reichstagsstatters und dem Exkl. Stellung. Er forderte die Aufhebung der Katernierung der Polizei,

wendete sich entschieden

gegen die Militarisierungsbemühungen und forderte, daß die Beamtenauskünfte nicht nur bei allen Feierlichkeiten gehabt werden, sondern auch zur Wahrnehmung herangezogen werden müssen. Genosse Siemert verlangte, daß die Dienstzeit

täglich acht Stunden nicht überschreiten darf.

Er forderte, daß die Dienstbereitschaft voll angerechnet wird. Von allen Dingen muß endlich dafür gesorgt werden, daß die handelsmäßige Bezahlung, wie sie nach Gruppe 2 und 3 erfolgt, zahlenbereit wird. Genosse Siemert brachte zum Ausdruck, daß alle Beamten in der Gehaltsgruppe 6 als Eingangsstufe eingestuft werden müssen.

Auch im Exkl. zeigt sich, daß die Militarisierung der Polizei weiter vor sich gehen soll. So werden in einem Titel gefordert 12000 Mark zur Schaffung von ersten Positionen. Genosse Siemert forderte, daß diese Summe gestrichen wird. Dafür stimmen nur die Kommunisten und zwei Sozialdemokraten. Die Streichung wurde abgelehnt. Unter einem anderen Titel werden 365000 Mark für Waffen und Munition angefordert. Die Kommunisten forderten, daß auch diese Summe gestrichen wird. Die Streichung wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Um endlich dem Gerede aller bürgerlichen Parteien ein Ende zu machen, daß auch sie für die bessere Bezahlung der unteren Beamten einzutreten, stellt die kommunistische Fraktion folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt, beim Reiche für die Aufhebung des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder einzutreten."

Dieser Antrag wurde mit einer Zusammensetzung gegen acht Stimmen, teils der Bürgerlichen, teils der Sozialdemokraten, angenommen.

Von der kommunistischen Fraktion wurden zum Polizeiamt folgende Anträge eingereicht:

Anträge zum Polizeiamt.

1. Für die Aufhebung der Katernierung.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt, die Aufhebung der Katernierung der Polizei vorzubereiten und sofort in Angriff zu nehmen. Über den Stand der Aufhebung der Katernierung hat die Regierung dem Landtag laufend Bericht zu geben.

2. Gegen die Militarisierung.

Der Landtag wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Militarisierung der Polizei. Verbündetungen, militärisches Eigentum in geschlossenen Verbänden, Verbundesungen zum Bürgerkrieg, Strohkomplexe und Paraden, wie sie der Polizeipräsident Rüdiger in Dresden vorgeführt hat, der militärische Stil im Dienstes usw. zeigen, daß die Führung der Polizei demuth ist, die Polizei militärisch zu stellen und militärischen Geist in der Polizei zu richten.

Der Landtag willigt die Maßnahmen und fordert von der Regierung

- dafür zu sorgen, daß diese Übungen unterbleiben,
- die Befestigung des Seitengewehrs und des Karabiners,
- die Entfernung der Handgranaten der MG- und der Panzerwagen.

3. Offiziere aus dem Mannschaftsstand.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt, alle Vorbereitungen dafür zu treffen, daß die Offiziere des alten Polizeigebildes aus dem Reihen der Polizeimänner ausgemöbelt werden. Offiziere aus dem alten Heer oder der Reichswehr dürfen nicht eingestellt werden. Soweit jedoch Offiziere bei der Polizei angestellt sind, sind sie noch und nach, endgültig bis zum 1. Januar 1925 abzubauen.

4. Bekleidung.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt, alle Polizeikräfte eine einheitliche Bekleidung einzuführen.

5. Gegen die Verlängerung der Dienstzeit.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt, Anordnung zu treffen, daß die Dienstzeit für Polizeibeamte täglich acht Stunden nicht überschreitet.

Die teilweise erfolgte Verlängerung der Dienstzeit über wöchentlich 48 Stunden hinaus ist sofort rückgängig zu machen. Dienstbereitschaft ist auf die Dienstzeit voll angrenzbar.

6. Für die Berringerung des Bereitschaftsdienstes.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt anzunehmen, daß der Bereitschaftsdienst auf das Mindestmaß beschränkt wird.

Die Aufzehrung des Bereitschaftsdienstes* ausdrücklich zu Verhinderungsmaßen zu unterwerfen.

7. Für die Erhöhung der Sonderzulagen.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt zu verfügen,

- der Dienstbefreiungszulage ist auf 150 Mark jährlich heranzuziehen,
- eine zur Zeitverhältnissen entsprechende Neuregelung und Erhöhung der Nachdienstzulage, der Streifenzulage und der Dienstaufwandszulage ist vorzunehmen.

8. Vermögenssteuer.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, unbedingt bei im Reiche vorgeschlagenen Regelung dem Landtag gleichzeitig eine Vorlage über die Neuregelung der Vermögenssteuerung zu überbringen.

8. Freie Wohnung.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu erlauben anzuhören, daß

- bis zur Aufhebung der Katernierung der Polizei den Polizeibeamten die jetzigen Wohnräume unentgeltlich zu überlassen sind, alle Thüren für den Gebrauch der Zimmer kommen in Magdeburg;
- die Reinigung der Stuben und Schlafräume in den Polizeiwohnern und Wachstuben nicht von den Polizeibeamten vorgenommen werden darf. Es sind dafür besondere Versionen anzuhören, deren Bezahlung die Betriebsbehörden übernehmen.

18. Bezahlung.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung dafür nachzutragen, daß

- das Bezahlungspatent gegeben wird;
- Die Bezahlungsordnung einer gründlichen Umgestaltung unterzogen wird und die unteren Gehaltsgruppen bestätigt werden;
- ohne eine rechtsgleichliche Regelung abzuwarten, eine dahingehende höhere Einflussnahme der unteren Beamten in Sachsen durchgeführt wird.

Erlödt. Siemert.

Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9a wurden gegen 4 Stimmen der Kommunisten und der linken Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Antrag 9b wurde mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmte der Sozialdemokratische Vorsitzende Schnirch.

Der Antrag 10 wurde zurückgeworfen, weil bereits im Plenum des Landtags und vom Bezahlungsausschuß ein Antrag angenommen worden ist, der in der Sache dasselbe fordert.

Gegen die Anträge der Kommunisten sprachen sich aus der sozialdemokratischen Innensenator Mag. Müller und der sozialdemokratischen Reichstagsstätter. Beide wurden lebhaft von den Bürgerlichen unterdrückt.

Aufgabe unserer Verteidigungen muß es sein, über diese wichtige Sache mit den Polizeibeamten zu diskutieren.

Sie rufen

Ein klanger Ton erschüttert die Luft
wenn alles ringsum ruht.

Ein Mahnen aus dunkler Felsenruft:

„Wohrt euer höchstes Gut!

Ihr braucht in Freiheit und Lichte;

vergebt die gehängten Brüder nicht!“

Durch des Tages Brausen, der Maschinen Gedröhnen,

Durch laufenden Hammerklöppel

klingt es wie schweres Angstgejähn:

Wann kommt der Tag,

der unsre Sklavenfette bricht?

„Vergebt uns nicht!“

Die Antwort

Unterschriften für die Generalstreikzeit

Gemeinde	Stobau	57 Stimmen
"	Sülzen	45
"	Dohna	30
"	Kreisamt-Burg	139
"	Dresden SW	102
"	Kriegersdorf	45
Betrieb	Sieb. Reichenbach, Stobau	110
"	Karl Marx, Stobau	28
"	Wasserleitungsbau, Döbeln	8
"	Bauanstalt Städtische Häuser, Stobau	37
"	Ministerialbüro, Dohna	24
"	Kunstgewerbe, Dohna	45
"	Schiffswerft, Uebigau-Dresden	90
"	Steinmetz, Dresden	15
"	Woll-, Hutfabrik, Borna	64
"	Zoelch, Dresden	45
"	Biographen, Cottbus, Dresden	18
"	Gulden-Wettig, Obersdorf (OL)	19
"	Kreishofbahnhof, Dresden-Kriegerkönig	90

Genosse, halt auch du schon deine Pflicht genau?

Wo habt deine Unterstützer?!!

Arbeiterberichte

Cottbus. Die Sozialdemokraten haben es nun endlich geschafft, durch öffentliche Verfügung das Unrecht von politischen Propaganda-Mästeten zu verbieten. Es war die beiden Arbeiterverteidiger vorbehoben, daß Sorge zu tragen, daß die Gemeinde verfüge: „Anschläge und Plakate dürfen nur auf und an den hierigen Straßen und Plätzen nur an den dazu bestimmten Anschlagsvorrichtungen (Säulen, Tafeln) angebracht werden.“ Zuwidderhandlungen werden mit Geld bis 150 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft. So sollen die Sozialdemokraten die Demokratie auf. Dabei ist in der Verfügung vorbehoben, für geschäftliche Anzeigen ebenso wie für Gemeindezwecke Ausnahmen zu gestatten. Also nur eine Maßnahme gegen die Kommunisten!

Hänichen. Ein besonders reaktionärer und rücksichtsloser Hausbesitzer ist in unserem Ort der Herr Wehnert. Sein Haus ist in schlechtem Zustande, noch und das Holz angefault. Trotzdem glaubt er, seinen Mietern gegenüber auch noch besonders leicht entgegenkommen zu können. Eine Frau, die wiederum Mutter ward und dem „Staat“ helfen wollte, „Dienst“ Herr Wehnert ist, ein Kind gebad, forderte er auf, sich eine andere Wohnung zu suchen, da er in seinem Hause nicht viel Kinder haben will, der Herr aber will Ruhe haben. Auch bei uns in Hänichen wittern die Hausgratier „Morgenluft!“ Vielleicht irren sie sich!

Baußen

Zum Streik bei der Firma Jahn

(Von einem Arbeiter.)

Die Belegschaft der Firma Jahn, Eisenacher, Baußen, befindet sich wegen Lohnstreitigkeiten seit 30. Juni im Streik. Schon seit dem März-Streik hat eine Unzufriedenheit in der Belegschaft Platz gegriffen, die immer mehr an Umfang angenommen hat, bis es nun zum Ausbruch kam. Die Löhne der Geforderten, Angelernten und Angelernten waren nicht der Leistung und der Betriebsarbeit entsprechend, womit ist der Streik bereitigt. Gerade bei der Firma Jahn ist es festgestellt, daß die Zeitung der Firma höher ist als der in anderen Güterherren in Baußen. Durch die höhere Leistung der Firma sind alle anderen Kategorien, die in Lohn leben, gezwungen, mehr zu leisten, daher die Streitigkeiten wegen des niedrigen Lohnes. Die Arbeiter, die in Lohn arbeiten, hatten den Betriebsrat in der Versammlung am 26. Juni aufgefordert, bei der Firma vor-

heilig zu stehen für eine Erhöhung von 10% Wdg. die Stunde. Der Betriebsrat ist daraufhin bei der Firma nachhaltig gewesen, um die Forderung durchzudrängen. Die Firma aber erklärte, daß sie niemals imstande wäre, derartige Forderungen zu bewilligen. Nach langem hin und her lag sich der Betriebsrat gezwungen, die Verhandlungen abzubrechen, da die Firma erklärte: „Ja, wenn Sie uns mit einigen Leuten gesprochen wären, da ließe ich darüber reden.“ Das bedeutete es ließ ein Kell in die Belegschaft getrieben werden, dies konnte der Betriebsrat nicht verantworten. Daraufhin wurde am 29. Juni ein zweiter Vorschlag eingereicht, der im Durchschnitt 8% pro Stunde ausmachte, und ein Treffen bis 30. Juni 11.30 Uhr mittags gegeben. Die Firma hatte aber während dieser Zeit nachgefragt, ob die Belegschaft hatte über am 30. Juni mittags dazu genommen und hat die Frist bis 3 Uhr verlängert. Da die Firma aber während dieser Zeit nicht verhandlungsbereit war, sondern den Betriebsrat erklärte, daß sie während der Arbeitszeit nicht mehr verhandle, verließ ländliche Kollegen, sowie sie in Betrieb sind auf sie Mann, die noch keine Streitbeschwerde leistet. Nun war natürlich die Firma einsatz und sofort „verhandlungsbereit“, hatte aber den Vorhören Müller vom DVB, die auch sofort erschienen waren. Nun drohte die Firma, die Kollegen den Betrieb einzugehen und legt noch zweitürmiges Verhandlung wiederher die Forderung ab mit der Begründung, daß es bald ausbricht bei. Am 1. Juli früh 7 Uhr, nahmen die Kollegen den Bericht entgegen, auch der Kollege Müller, Vorhänger des DVB, war anwesend, und beschlossen einstimmig den Streik. Dies hatte natürlich die Firma nicht erwartet. Sie ging sofort dazu über, die Frist auszufordern, den Lohnarbeiter in den Rücken zu folgen. Die Firma hatten dies sofort erkannt und beschlossen, kein Streitbeschwerde zu leisten, darum kam der Betrieb innerhalb weniger Stunden zum Stillstand bis auf die vier Streitbrecher. Mit diesen wird aber die Belegschaft noch abzurechnen haben, bevor sie wieder anfangen wird. Die Kollegen aber haben doch gelitten, das das entlassene einheitliche Lustreiten die Vorbereitung für jeden Kampf ist.

In den Betrieben muß die rote Einheitsfront erscheinen! Unternehmersfreiheit!

Unternehmersfreiheit

(Von einem Bauhauer-Arbeiter.)

Bekanntlich zählen die Löhne in der Metallindustrie zu erbärmlichsten. Auch der „links“ SPD-Mann Tiefgräber trat jetzt geziert in die Fußstapfen seines großen Meisters vor Vorgängers Willi Lieb.

Die Lohnarbeiter der Firma Jahn traten in den Streik weil Herr Jahn sich absolut nicht bequemen wollte, die Firma auch nur eine Kleinigkeit aufzugeben. Die Firma folgt bald den Lohnarbeitern, den Gewerkschaftsbürokraten schreien „wilden Streik“. So ist auch hier wie überall die Einheitsfront der SPD-Gewerkschaften mit der Reaktion, dem prahligen Kapitalistenstaat hergestellt. Wie die Einheitsfront das Unternehmen stützt, bemerkt folgendes Schanddokument:

Heute

Sauken.

Ich fordere Sie hiermit auf, nächsten Sonnabend, den 4. Juli dieses Jahres, die Arbeit in meinem Betriebe wieder aufzunehmen, andernfalls ich Sie als entlassen betrachte. Ihr Entlassungspapiere liegen dann Sonnabend vormittag von 8 bis 12 Uhr zu Ihrer Abholung bereit.

Carl Jahn, Eisenacher, Baußen.

Einheitsfront.

Aufgabe des Arbeiters in allen Branchen ist es, die kämpfenden Brüder zu unterstützen. Nur ehrlich ist aber, in Lohnhandlungen fallen zu müssen, um die Einheitsfront zu erhalten. Metallarbeiter, steht rechtzeitig auf! Lohnt euch nicht über die Firma mit einer „Lohnzulage“ von 5 bis 10 Prozent. In der Firma ist eine ungemeine Erhöhung. Gelt, wie eine Ausbeutung! Das können sie nur, weil ihr in beiden Teilen, auf dem einen und dem anderen, die Arbeitern erheben. Ganz anders ist es mit dem Betrieb. Hier besteht kein Unterschied zwischen dem einen und dem anderen. Die Arbeitnehmer sind ebenso wie die Arbeitgeber. Sie liegen in einem gleichen Betrieb zusammen. Ihr habt keinen Unterschied mehr.

Aus Betrieben und Werken

5. Jahrgang

Dienstag, den 7. Juli 1925

"Arbeiterstimme" Nr. 21

Die Hungerlöhne in der Textilindustrie und die Gewerkschaften

(Von einem Textilarbeiter.)

Die Textilarbeiter, die sich nach dem Zusammenbruch des zentralen Deutschlands einen Lohn erkämpft hatten, mit dem man auf der Spitze der gesamten Arbeiterschaft machteren, werden jetzt auf Schrubbierung und Ingremm die Blüte rückwärts nach den Tagen entwundene Glanzes. So mancher wird wohl sagen im Stunde, da ihn der vorwürfsvolle Blick der Frau oder der Kindes Blick der Kinder, die nach Gott streben, traurig machen: wie war es möglich, daß wir als Textilarbeiter seit unter das Niveau eines chinesischen Kulus sinken konnten?

Ja, da gitterte die herrschende Klasse Deutschlands, die sozialistische, um ihre Existenz. Um die Arbeiterschaft zu bedienen, gab man den Arbeitnehmern Lohn, verlor die Sozialisierung (die marxistisch lollte), ja, verlor sogar den Sozialismus, wenn man nur recht schön davon wäre, keinen anderen würde und nicht auf das Gesicht jener Spartakisten (der würde ein Kommunisten heißen) höre, die die logen: "Ich müßt' einer Schißhol nicht in die Hand jener Leute legen, die diesem Angriff gegen den Krieg kämpften (wenigen mit Recht auf den Kongressen), die aber, als derselbe wirklich kam, fliegen ließen ins Lager der ärgsten Kriegsgegner."

Die auch während des ganzen Krieges gegen eure Brüder im fremden Waffentod geheizt, die auch in die Ernährung bei Speeren geworfen oder in die Granatrichter gekommen oder gar in den Höllestrachen bei Verdun gejagt.

Wollt die Waffen, die ihr habt, nicht aus der Hand legen, ihr nicht eure Peiniger im eigenen Lande, die noch immer in den Betrieben sind, verjagt und die Produktionsstätten.

Seit dieser überführt habt, die darin arbeiten und die Antretts darauf haben. Ihr aber, Textilarbeiter, sollt Verträge zu jenen, die damals in der Regierung und die auch den Sozialismus verstanden. Heute aber Deutschland sozialisiert von der Entente, von den Finanzen Amerikas und Englands, die ganz Deutschland auslaufen in eine Kolonie verwandeln. Die Kapitalistischen Deutschen aber wollen in ihrer Position als Zwischenmeister trocken ihre Profite aus den Knochen der Arbeiter rausziehen.

Zwischen auch verweigert man euch jede Lohnzulage. Wo

durch auch durch den Druck der Arbeiterschaft eine solche wirtschaftlich wäre, da lassen die Gewerkschaften den Kampf nicht.

Und so wird der Streik als ein wilder verirrt und nach den Regeln der Kunst abgewürgt. Und darin, das muß man den Textilarbeiterverbund ihm lassen, hat er bereits eine Freiheit erlangt. Trotz allem Vertrag aber folgt ihm den Pa-

reß einer, welche auch die Politik des kleinen Lebels als eine leidenschaftliche anprägt. Doch jetzt sind die Textilarbeiter

so sein, daß ihnen von den vielen kleinen Lebels vor lauter Erschöpfung überhaupt nichts mehr bleibt, daß sie erkennen, auf welchem Wege geht es nur immer weiter in den Abgrund. Und

der Textilarbeiterverbund, in dessen Reihen hundertausende Textilarbeiter organisiert sind, der wie die Führer sogen. zur Verbesserung des Lohns- und Arbeitsbedingungen keine ganze Kraft einlegt, was tut er in Wirklichkeit? Dass ein Beispiel aus jüngster Zeit: Im Hochorgan, dem "Textilarbeiter", wurde

Wenigstens vor der Präsidentenwahl geschrieben über den Kampf der Arbeiterschaft, und 3 Tage nach der Wahl stellte man

ein Abkommen, also eine freie Vereinbarung ab mit einer Ar-

betzung bis 30 Stunden und darüber hinaus Überstunden, so

daß dem Unternehmer beliebt. Die Textilarbeiter aber hatten

nichts zu melden, und wenn doch einmal einer hier und dort rebelliert, Ja, das war dann eben ein Kommunist, ein

Kavalier, einer, der nur die Gewerkschaft vertritt und deren Autoren, die Bonzen, verächtigte, die aus der Gewerkschaft ausscheiden werden müssen. Die Mitglieder schwiegen zu allego-

rischen Liedern, denen jeder Schluß der Direktion mög. er

nach ist niedrige Motive enthalten, heißtig ist, sprechen wie jede Menschlichkeit ab und erheben in ihnen unter Klasse und

Die SPÖ-Betriebsräte denen diese Zustände bekannt sind,

unternehmen so gut wie nichts dagegen, im Gegenteil, kehren mit der Direktion in heiteren Bürgschaften. Die zwei Betriebs-

räte der SPÖ haben mit diesen Arbeitsgemeinschaften, seit

Jahr und Tag den schärfsten Kampf zu führen.

Doch die geläufigen Betriebsräte und Betriebsleute der SPÖ von S. u. N. im reformistischen Rahmen legen, beweist vor allen Tingen folgendes Tats: In der Generalversammlung des TMB, die am 11. Juni tagte, stellte die Gewerkschaftsopposition folgenden Antrag: Der kommende Gewerkschaftscongres soll eine Delegation nach Rußland senden. Dieser Antrag wurde mit 119 gegen 114 Stimmen angenommen; bei den letzten, also gegen diesen Antrag befinden sich sämtliche Betriebsräte und Betriebsleute unseres Betriebes. Diese Leute,

die in ihrer Freizeit und ihren Besammlungen eine Russlandreise unbedingt enthalten, fordern nun, daß Arbeiter, die sich vom gewählten Sitzstand in Russland überzeugt haben, diesen Demandeden aus ihrer ihm wohlgeliebten Heimat die gebuhrende Antwort geben.

Zum Schlus steht ich an meine Arbeitgeber und Schweizer folgende Forderungen: Zeigt nicht Klostereinsatz,

ein, tömpft mit uns für menditionierte Zustände, für den

Montagabend, für die Einheitsfront der Gewerkschaften.

Rechnet endlich mit den reaktionären Gewerkschaftsführern ab und geht aus diesen Gründen bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftscongres eine Stimme nur den Kandidaten der

Opposition.

Sozialistischen Existenz durch den Zollwucher der Junkers und Industriellen, für Freilassung der politischen Gefangenen, für die Einheit der Gewerkschaften und für den Anschluß an Sowjet-Rußland. Bei diesem Kampf müssen die Textilarbeiter den Zentralvorstand und die Gauleitung zwingen, endlich offen zu defensieren, ob sie mit den Arbeitern oder mit den Kapitalistischen gegen die Arbeiter stehen. Darum, Textilarbeiter, "Augen auf", und dann dem Gegner, wie Rosa Luxemburg sagte, den Daumen aufs Auge und die Faust auf die Brust.

Der Großbetrieb Seidel & Raumann im Zeichen des Dawespatentes

(Von einem Arbeitertorrespondenten.)

Auch bei der Weltfirma S. u. R. macht sich der Dawesplan, der darin besteht, alle Kosten den Proleten aufzubürden, in immer schärferem Maße bemerkbar.

Durch brutales Reduzieren der Altordpreise hat es die Direction mit ihrem Herrn von Kapitalschmieden verstanden, das Arbeitsamt gegenüber der Betriebsleitung um das Doppelte zu steigern. Ein Arbeiter oder eine Arbeiterin muß also auf Kosten der Gesundheit noch einmal soviel aus den Knochen holen wie früher. Und was das in diesem Betrieb, wo schon vor 1914 die schlechtesten Arbeitsbedingungen vorherrschend waren, bedeutet, davon kann sich nur derjenige ein Bild machen, der schon einmal in diesem Rüstungsbetrieb gearbeitet hat. Das Weitere hat man vor gestern einem Vierteljahr das Transportband (s. in Ford) eingeführt, und zwar in der Flachmühlenspaltung, hier kann man sehen, wie ein Arbeiter in kurzer Zeit geistig und moralisch zu Grunde rückt.

Doch die Profitier der Aktioware ist bei weitem noch nicht gestillt, immer mehr soll der Arbeitssklave ausgelöscht und ausgeschafft werden, dieses beweist folgendes:

Vor einigen Wochen sind die Ausbeuter auf den genialen Gedanken gekommen, eigens zu diesem Zweck einen Agenten aus Amerika zu engagieren. Dieser Jungling schmuggelt nun schon seit Wochen mit dem Rüsselblatt in der Hand im Betrieb herum und benutzt seine Schulweisheit dazu, die Arbeiter zu bespielen. Mit der komplizierten Miete kostet er sich hinter jedem Arbeiter und jede Arbeiterin und zieht sich keine geplagten Finger wund. Diese Arbeit ist wohl leichter, aber nicht ehrenvoller, als 9½ Stunden täglich wie ein Vieh zu schwitzen.

Den Meistern und Vorarbeitern scheinen von diesem Jungen die rottigen Instrumente zugegangen zu sein, denn seit einiger Zeit sieht man die meisten dieser Kapitalschmiede mit der Stoppe in der Hand hinter den Arbeitern stehen, um durch neues Abstoßen der Altord die Preise zu drücken. Trotzdem können, dok es den Arbeitern nur durch die intensive An-

Achtung! Porzellanarbeiter! Achtung! Gewerkschaftsabstimmung!

Vom 6. bis 17. Juli findet die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftsabstimmung statt. Zu wählen sind zwei Delegierte für den ganzen Verband. Von der Zahlstelle Almenau wurden als Kandidaten die Genossen Willi Schmidt, Almenau i. Thür. und Martin Zielinski, Neuhaus i. Thür. aufgestellt. Alle Stimmen der Porzellanarbeiter in ganz Deutschland müssen für diesen Kandidaten abgegeben werden. Bei geringen Wahlbeteiligungen ist jede Stimme entscheidend. Darum auf zur Wahl!

Spannung der Kräfte gelingt, auf den Tariflohn zu kommen, schreien sie vor diesem Vorgehen nicht zurück.

Solchen Vorsägen, denen jeder Schluß der Direktion mög. er

nach ist niedrige Motive enthalten, heißtig ist, sprechen wie jede Menschlichkeit ab und erheben in ihnen unter Klasse und

Die SPÖ-Betriebsräte denen diese Zustände bekannt sind,

unternehmen so gut wie nichts dagegen, im Gegenteil, kehren mit der Direktion in heiteren Bürgschaften. Die zwei Betriebs-

räte der SPÖ haben mit diesen Arbeitsgemeinschaften, seit

Jahr und Tag den schärfsten Kampf zu führen.

Doch die geläufigen Betriebsräte und Betriebsleute der SPÖ von S. u. N. im reformistischen Rahmen legen, beweist vor allen Tingen folgendes Tats: In der Generalversammlung des TMB, die am 11. Juni tagte, stellte die Gewerkschaftsopposition folgenden Antrag: Der kommende Gewerkschaftscongres soll eine Delegation nach Rußland senden. Dieser Antrag wurde mit 119 gegen 114 Stimmen angenommen; bei den letzten, also gegen diesen Antrag befinden sich sämtliche Betriebsräte und Betriebsleute unseres Betriebes. Diese Leute,

die in ihrer Freizeit und ihren Besammlungen eine Russlandreise unbedingt enthalten, fordern nun, daß Arbeiter, die sich vom gewählten Sitzstand in Russland überzeugt haben, diesen Demandeden aus ihrer ihm wohlgeliebten Heimat die gebuhrende Antwort geben.

Zum Schlus steht ich an meine Arbeitgeber und Schweizer folgende Forderungen: Zeigt nicht Klostereinsatz,

ein, tömpft mit uns für menditionierte Zustände, für den

Montagabend, für die Einheitsfront der Gewerkschaften.

Rechnet endlich mit den reaktionären Gewerkschaftsführern ab und geht aus diesen Gründen bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftscongres eine Stimme nur den Kandidaten der

Opposition.

Rußland-Delegation und die SPÖ im Hartmannwerk

(Von einem Arbeitertorrespondenten.)

Alle Arbeitkollegen wissen, daß durch Beschlüsse der Betriebsversammlung in der Zigarettenmaschinenfabrik "Universelle" der Betriebsratsvorsitzende Nehmert (SPÖ) mit zu einer Studentenfeier nach Sowjet-Rußland, unter 60 Delegierten, entsendet wird. Um nun die Reisekosten für die weiteren Delegierten aufzubringen, sind von dem Delegationsausdruck Sowjetunion ausgegeben worden, die in den Betrieben kreisen. Man sollte nicht glauben, wie die SPÖ-Arbeiter von ihren Gewerkschaftsangehörigen und der D. B. aufgefordert werden sind.

Ruß keine Wahrheit über Rußland in die Betriebe herein-

zommen lassen,

es könnten einzelne Hochburgs vollends zusammenbrechen. Bei dieser Stellungnahme unterführen sie die Bürgerlichen mit Geld und Seele, die auch ihre Andäger nichts wissen lassen wollen, denn die Arbeiter könnten Bolschewisten werden. Die SPÖ, es unterzubauen ja alles, heißt bald Hindernisse zusammenschüttern, sondern aufzubauen.

Sie verweigern eine Zeichnung selbst für ihren eigenen Partei-

genossen. Man sagt:

"Nehmet, bei nicht einwandfrei!"

Das liegt man immer, wenn einer nicht spricht will; das ist parteiduldig, so daß einer ihrer Genossen nach Rußland fährt, damit er sich von der Lage des Arbeiter- und Bauern-

staates richtig überzeugen kann.

Kollegen des Betriebes! Geben euch noch nicht die Augen auf? Aufgewacht! Habt ihr die einzelnen Flugblätter der SPÖ genau durchgesehen, die man vor einigen Tagen verteilt? Das DMV-Blatt kam sogar einige Wochen zu spät an. Man will zum Kampf rüsten. Man nimmt den Schnabel soll und hinterher ist alles leer geblieben. Das Hilfserding-Flugblatt, jener Hilfserding, der bei Hindenburg mit zum Kriegerdienst war, enthält einfach blödsinnige Stellen. J. B.: Die Exportmöglichkeit des russischen Reiches sei im Wegfall gekommen. Je mehr sich die Landwirtschaft in Rußland bestellt, desto weniger kommt Export aus Rußland in Frage." Einmal prognostiziert, ein Zeichen riesiger wirtschaftlicher Kenntnis?" Kollegen! So werdet ihr von der SPÖ seit Jahren an der Seite herausgeführt! Als normal, aufgewacht! Heraus aus der SPÖ und kommt zur kommunistischen Partei, dass sie ist die Partei des klassenbewußten Proletariats. Zeichnet die Sammelstellen, damit der Kollege Schnett nach seiner Rückkehr aus Rußland Bericht geben kann!

Die Arbeiter verlangen:

Wahrheit über Rußland!

Die Gemeindearbeiter fordern Lohn erhöhung

Eine äußerst stark besetzte Versammlung der Dresdener Gemeindearbeiter fand am Freitag, den 3. Juli, in den Annenjahren statt.

Auf der Tagesordnung standen: 1. die Arbeits- und Allgemeinwohlfahrt, 2. Lohn erhöhung. Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung beschlossen die Versammlten fast einstimmig, den zweiten Punkt zuerst zu behandeln. Die Arbeiter verlangten eine Erhöhung über den Stand ihrer Lohnverhältnisse. Der Stadtrat Förster, Gemeindebeamter der Sächsischen und Gemeindearbeiter, lehnte die Verhandlung festig ab mit der Begründung, die Arbeit habe verhindert, daß die Lohnfrage nicht zu behandeln, höchst merkwürdig sowohl in seiner Eigenschaft als Gewerkschafter, als Sozialdemokrat, sowie auch als Stadtrat. Der Rat der Stadt Dresden wird über das Verhalten Försters sehr erfreut sein. Es zeigt sich, welche Interessen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wahnschneien.

Auf der Tagesordnung standen: 1. die Arbeits- und Allgemeinwohlfahrt, 2. Lohn erhöhung. Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung beschlossen die Versammlten fast einstimmig, den zweiten Punkt zuerst zu behandeln. Die Arbeiter verlangten eine Erhöhung über den Stand ihrer Lohnverhältnisse. Der Stadtrat Förster, Gemeindebeamter der Sächsischen und Gemeindearbeiter, lehnte die Verhandlung festig ab mit der Begründung, die Arbeit habe verhindert, daß die Lohnfrage nicht zu behandeln, höchst merkwürdig sowohl in seiner Eigenschaft als Gewerkschafter, als Sozialdemokrat, sowie auch als Stadtrat. Der Rat der Stadt Dresden wird über das Verhalten Försters sehr erfreut sein. Es zeigt sich, welche Interessen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wahnschneien.

Die Versammlung, daß sie von Förster geführt wurde, mache

ganz den Eindruck, daß es Förster auf Sprengung abgesehen hatte, um der Lohnfrage aus dem Wege gehen zu können. Im übrigen ist auch jährlich das Verhalten Försters, die Versammlung als eine vom Arbeitgeber bezahlte hinzustellen und so Lohnfragen nicht zu behandeln, höchst merkwürdig sowohl in seiner Eigenschaft als Gewerkschafter, als Sozialdemokrat, sowie auch als Stadtrat. Der Rat der Stadt Dresden wird über das Verhalten Försters sehr erfreut sein. Es zeigt sich, welche Interessen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wahnschneien.

Versuchte Heile gegen die Rußland-Delegation

Am 2. Juli fand eine gut besetzte Versammlung der Belegschaft der Vereinigten Brandenburger Glasglashütten. Unter Punkt Allgemeines erhielt der Genosse Sch. das Wort, zur Angelegenheit der Rußland-Delegation. Genosse Sch. erläuterte in großen Zügen die Notwendigkeit der Delegation, und gab bekannt, daß die Ortsverwaltung der Zahlstelle und die Belegschaft der beiden Betriebe, Sächsische Glasmalerei und v. Poncet den Kollegen Graue einstimmig als Delegierten gewählt haben. Kollege Graue gehört zur Belegschaft der v. P. G. Weißerlinn wie der Genosse Sch. auf die Sammelstellen hin und erklärte die Kollegen rechts aus den Listen zu ziehen. Nachdem der Genosse Sch. gekündigt hatte, sprach der Betriebsratsvorsitzende, daß er wohl nicht gegen die Delegation ist, aber doch gegen Beenden höre. Er glaubt, daß die Delegierten nur in die besten Betriebe gelandet werden und sie das Schlechte nicht zu sehen bekommen, er glaubt das was die Zeitungen schreiben. Genosse Sch. antwortete darauf, daß es doch keine deutsche Reichsdelegation ist, die nach Rußland fährt, die von Arbeit keine Ahnung hat, daß der Kollege Graue die russische Sprache beherrscht, die Verhältnisse in Rußland unter der juristischen Regierung kennt, weil G. in Rußland lange Zeit gearbeitet hat. Genosse Sch. lagte, daß es Blüte des Kollegen G. ist, sich mit den russischen Arbeitern über ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu unterhalten, um uns dann darüber zu berichten.

Ruß ludet der Vorsitzende eine neue Aussicht, er erklärte, daß dem Kollegen G. kein russischer Arbeiter etwas erzählen wird, weil die Arbeiter unter Diktatur leben und seinem Delegierten was erzählen dürften. Daraus entwurzelte allgemeines Geschäft. Also so steht sich der Vorsitzende die Tätsche des Delegierten vor. Genosse Sch. wurde die Sache nun ein wenig zu bunt. Er wigte, dok in der glorreichen deutschen Geschichte niemand ein Wort sagen darf, sonst liegt er auf die Erde. Genosse Sch. beantragte jetzt die Wahl des Kollegen Graue auf die Glasarbeiter zu besetzen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nun freuten sich diese einige Leute darauf, daß der Kollege Graue keinen Urlaub erhalten werde. Aber die Freude war vergangen. Die Direktion gab den notwendigen Urlaub. Sie gab dem Kollegen nur noch den guten Rat, sich nicht von den Bolschewisten isolieren zu lassen.

Die Einheitsfront der linken und rechten Sozialdemokraten beim Bergarbeiterkampf

Die Unzufriedenheit im Kohlenbergbau, die im Laufe des letzten halben Jahres die Parlamente zu Traueraufgebungen veranlaßten, bestätigten vor allen Dingen die Bergarbeiter in ihrem Recht. Sie als Beteiligte seien die Ursachen dieser Stellungnahme, denn sie leiden am höchsten unter diesen Zuständen. Die Ursachen sind ein höchstes Unterprivileg, Staaten dafür, daß so wenig als möglich Sicherheitsmaßnahmen eingeführt werden, und eine hämmerliche Entlohnung. Diese Stellungnahme, die in immer schärfster Folge ganz Betriebschäden veranlaßt, zwingt die Bergarbeiter zur Abhilfe. Die der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Bergarbeiterorganisationen nahmen auf einer Konferenz vom 15.-17. April 1925 dazu Stellung und legten bestimmte Forderungen nieder. Die Kommunistische Partei verlangte bereits am 14. Februar 1925 die Untersuchung der Ursachen, die Bestrafung der Schuldigen, Belebung des Bergbaus, weitgehendes Kontrollrecht der Betriebe auf allen Schichtenlagen und eine 40prozentige Lohnsteigerung neben der Wiedereinführung der Siebenstundenschicht unter Tag und der anschließenden Arbeitszeit über Tage. Die Sächs. Regierung wurde aufgefordert, auf dem Verhandlungswege für den Freistaat Sachsen diese Maßnahmen zur Durchführung zu bringen. In den Auskunftsberatungen erklärte die Regierung, es sei unmöglich, der Reichsgesetzgebung vorzugreifen. Alle Parteien von der SPD bis zu den Deutschnationalen unterstützten einverstanden die Regierung gegen die Bergarbeiter. In der Verhandlung des Landtages vom 7. Mai 1925 wurde dann der kommunistische Widerstandsauftrag gegen die Stimmen der Komunisten absehbar. Linke und rechte SPD. blieben bei dieser Stunde einer Fraktion, beide waren sich einig, daß im Interesse der Gewerkschaften an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert werden dürfe, damit der Profit auch in Zukunft aus den Gewinnen der Bergarbeiter herausgepreist werden könne.

Die Konferenz der Bergarbeiter vom 15.-17. April zwang die Fraktionshäfen nun dazu, den Anstoß zu erwenden, als die SPD. diejenige Partei wäre, die für die Bergarbeiter und ihre Forderungen eintritt. Unter dem 19. Mai 1925 haben die Fraktionshäfen, die sich in der Öffentlichkeit "befreiten", wieder eingeknabbert, die die Sächs. Regierung aufzufordern, der Versteigerung ein Reichsbergrecht zu verlangen, in dem die Forderungen der Bergarbeiter verarbeitet werden. Bis zur Eröffnung dieses Gesetzes soll die Landesregierung für den Freistaat Sachsen diese Dinge auf dem Verhandlungswege durchführen, ehe sie verlangen in ihren Anträgen vom 19. Mai jetzt das Tolle, was sie in den Auskunftsberatungen als unmöglich hielten und am 7. Mai im Landtag gemeinsam im Interesse der Gewerkschaften abgelehnt haben. Unter anderem verlangen sie die Betriebsräte das Kontrollrecht und Schutz gegen Maßnahmen. Als die Kommunisten im Landtag verlangten, die sozialistischen Staats gemahngelten Betriebsräte in den staatlichen Kohlenbetrieben wieder einzustellen, wurden diese Opfer der Koalitionspraxis vom dem rechten SPD. Mann Langhorst als Verräter bezeichnet, vor denen man die Direktion schützen müsse. Die linke SPD. lehnte die Wiedereinführung und damit den Anstoß der Betriebsräte ebenfalls ab.

Was bedeuten die Anträge der linken und rechten SPD.? Haben sie ihre Stellung, die bei den kommunistischen Anträgen war, nur zum Ausdruck lam, geändert? Sind sie heute, die damals gegen die Bergarbeiter standen, auf der Seite der Bergarbeiter und gegen die verbrecherischen Grubenbarone? Nein! Ihre Stellung zu den Forderungen der Bergarbeiter ist am 19. Mai, als sie ihre Anträge eindrücklich, noch genau dieselbe, als bei den Verhandlungen am 7. Mai, wo sie die von den Bergarbeitern gestellten Forderungen in Gestalt der kommunistischen Anträge ablehnten.

Ihre Anträge sind nur ein neuer Beitrag der Bergarbeiter. Sie leben, daß die Hünung der Unglücksfälle und das schreckliche Elend der Bergarbeiter diese zur Abwehr bringt. Für sie besteht die Gefahr, daß die Bergarbeiter, die von den Führern der reformistischen Gewerkschaften im Sinne der Arbeitsgemeinschaft einheitlich und von einem ernsthaften Kampfe um ihre Vereinzelner abgehalten werden, den Reformismus aus den Sonden alleien und sich auf den Boden des Klostertempels stellen. Das wollen sie verhindern. Sie greifen deshalb die Forderungen des Bergarbeiter auf, und stellen ihre Anträge mit der Absicht, einen aktiven Kampf der Bergarbeiter um diese Forderungen zu verhindern. Sie gehen mit ihren Anträgen den Führern des Bergarbeiterverbandes auf die Hand, die Führer des Bergarbeiterverbandes auf die parlamentarischen Verhandlungen zu vertragen. Diese Verhandlungen können, wie die Nazis bei den kommunistischen Anträgen bemerkten, weit über ein Jahr hinausgezogen werden, ehe sie zum Abschluß kommen, und die Sächs. Regierung den Abschluß erhält, derartige Verordnungen dem Sächs. Landtag vorzulegen. Die Verzögerung und Verhinderung dieser Verordnungen kann durch sogenannte "gründliche" Beratung in die Länge gezogen werden. Mit Hilfe des Parlaments wird den Bergarbeitern nicht geholfen werden. Der Zweck der Nutzung ihres Rechts gewinnt, alles gegeben! Die Bergarbeiter sollen weiter hoffen, daß ihnen auf diesem Wege geholfen werde, damit soll verhindert werden, daß

die Bergarbeiter ihre Organisationen den freien und gerechten Bergarbeiterverband anstreben, auf dem Boden des Klostertempels, d. h. mit dem Druck der Arbeitsmindererziehung die Forderungen zum Schutz der Bergarbeiter und ihrer Familien durchzusetzen. Gewerkschaftsführer und SPD. Führer sind sich einig darin, daß die Kämpfe der Arbeiter verhindert werden müssen, damit das Gewerkschaften auf Kosten der Arbeiterschaft durchgesetzt und die deutsche Kapitalisten ihre Macht noch stärker als bisher ausüben können. Die wirkliche Stellung der SPD., linke wie rechte, hassen sie bei der Ablehnung der kommunistischen Anträge im Landtag wie auch im Reichstag gezeigt. Bergarbeiter, lohnt sich nicht abzitzen mit dem Verstärkung auf die Behandlung der sozialdemokratischen Anträge. Zwingt eine Organisationen, den Kampf für eine Lohne zu organisieren, verzögert auch der Solidarität der gesamten Arbeiterchaft, indem sie die Einheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft auf dem schärfsten Wege herstellt. Beteiligt die Führer, die einen Kampf lobieren und verhindern wollen, sie stehen nicht auf einer, sondern auf der Seite des Unternehmers. Gegründet für eine wirkliche Kampfführung!

Genosse!

An die liegt es, den Amnestiebetrag der Lohneverregierung zu verhindern. Wenn

du

deine Kollegen im Betrieb über die Notwendigkeit des Klostertempels der "Roten Hölle" ausführst,

kannst

du alle Arbeiter und Arbeiterinnen zur die Unterzeichnung der Unterstrichlisten gewinnen. Es ist

eine

elementare Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, die 7000 politischen Gefangen aus den Kerlen des Zusturzterrors zu befreien. Eine

Million

Unterstrichen für die Forderung der Vollamnestie bedeutet den Willensausdruck des zehnten Teils aller proletarischen Wähler. An die Genossen liegt es aber, daß wir alle Arbeiter für den Kampf für die Vollamnestie

gewinnen!

Streit der Bauarbeiter und der Zimmerer in der Oberlausitz

Da das Lohnabkommen am 30. Juni abgelaufen ist, und die Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband am 25. Juni geschlossen sind, wurde in zwei überschulden Versammlungen der Zimmerer und des Baugewerbesbundes am Mittwoch, den 1. Juli, der Streit beschlossen. Von über 800 anwesenden Kollegen stimmten für den Streit 370, gegen den Streit 61, bei elf Stimmenthaltungen.

Am Mittwoch früh sind alle Arbeitgeber die Forderungen auf den Plätzen überreicht worden.

Die Forderungen sind:

1. Der Lohn beträgt 1.10 Mark pro Stunde.
2. Ferien bei Zwischenlicher Betriebszugehörigkeit 1 Tag Ferien.
3. Regelung der Wertzeugentlastung, mindestens 3 Prozent.
4. Regelung des Kilometergeldes und der Auslösung.
5. Regelung und Neufestlegung der Lehrlingslöhne. Im ersten Lehrjahr 25 Prozent, im zweiten Lehrjahr 25 Prozent, im dritten 55 Prozent.

Außer diesen Forderungen sind noch andere Forderungen kleiner Natur gestellt worden.

Erst wenn diese Forderungen von den Unternehmern restlos erfüllt sind, wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Gestreikt wird im Industriegebiet Neugersdorf, darunter folgende Ortschaften: Neugersdorf, Ebersbach, Oberriedersdorf, Neuholz, Spremberg, Schönau, Dörrhennersdorf, Eibau und Waldorf.

Wie wir erfahren, sind auch im Jüttener Gebiet die Maurer und Kaufmannsarbeiter in den Streit getreten.

So sind alle Arbeiter im Kampf. Wie uns von anderer Seite noch mitgeteilt wird, haben einige Unternehmer, welche

nimmt dem Unternehmerverbund angehören, die Verhandlungen abgelehnt. Die Verhandlungen, die am Sonnabend mit der Firma Commissariat geführt wurden, sind gescheitert.

Der Verlauf der Unternehmens, einige Arbeiter zu gewinnen, ging daneben, auch auf niedrigere Forderungen gingen die Unternehmer nicht ein. Die Bauarbeiter sind entschlossen durchzuhalten bis zum Siege.

Zur Streitbewegung der Bauarbeiter Pirna

Am Montag, den 28. 6. 25, fand im Volksbau Pirna eine Delegiertenversammlung des Baugewerbsbundes und des Zimmerverbandes statt. Die Vertreter der gesamten Bauarbeiterchaft sollten zu der augenblicklichen Lage in der Bauindustrie Stellung nehmen. Wer nun glaubte, daß die Meinung der Gewerkschaftsmitglieder auch etwas weit wäre und mildstimmig würde sein, der hatte sich gewaltig getäuscht. Der Angeklagte Klinke des Zimmerverbandes verteidigte den Anwesenden, daß man bereits in Dresden zur Führung der Lohnbewegung Stellung genommen hatte und es bereits feststand, in welcher Art und Weise der Kampf geführt werden sollte.

Der Angeklagte Herr des Baugewerbsbundes führte aus, daß man aus örtlicher Klugheit müsse zu Teilstreit kommen. Durch ein solches Vorgehen würden die Unternehmer bestimmt zweierlei Meinungen und das würde zu einem Erfolge unsererseits beitragen. Des Weiteren ging aus seinen Ausführungen hervor, daß auf einem städtischen Bau in Glasbüttel von Mitgliedern des Baugewerbsbundes Altkord gearbeitet worden wäre. Dieser Bau müsse unter allen Umständen mit streiken. Ferner müßten in den Streit mit eingezogen werden, der Bau der Handwerkerwerkstatt, ausgeführt durch Baumeister Ulbricht und der Bootshausbau des Baumeisters Ender Pirna. Der Angeklagte Klinke des Zimmerverbandes trat den Ausführungen des Herrn in allen Puncten bei.

In der Ansprache wurde von den Delegierten der Firma Hantik festgestellt, daß die Belegschaft nicht damit einverstanden ist, wenn man dazu kommt, Teilstreit durchzuführen, sondern alles davon gezeigt werden muß, eine geschlossene Kampffront herzustellen.

Ebenfalls gegen das führen dieser Lohnbewegung durch Teilstreit wandte sich unser Genosse Krenz. Er wies auf das Unfassbare hin, wenn man mit Mitgliedern des Baugewerbsbundes, welche sich an und für sich schon nicht an die Satzungen des Verbundes halten und so ideologisch die Vorbedingung eines Kampfes nicht in sich tragen, einen Lohnkampf führen will. Der Stadtbau in Glasbüttel ist nicht der geeignete Punkt des Angriffes. Einer scharfen Kritik unterseits wurden ebenfalls die Ausführungen des Delegierten vom Bau Rüttner unterzogen. Von der betreffenden Baustelle wurde gezeigt, daß es dort jetzt unmöglich ist, in einen Streit zu treten. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß die Schuld alle diejenigen trifft, welche vor kurzer Zeit den Streit bei Rüttner abgewinkt haben. Ein besonderes Glasstückchen leistete sich der SPD. Mann Wiele unseres Genossen Krenz gegenüber. Er erklärte, daß unter Genosse Krenz als der Demonstrationstag der Kulturbau der Bauarbeiter am Neubau Weststraße vorübergegang, aus dem Fenster desselben geladen habe und auch nicht für notwendig gehalten habe, mitzuteilen. Auf nochmaliges Fragen erklärte Wiele, daß er ganz bestimmt so gewesen ist. Unser Genosse Krenz widersprach dem mit der Begründung, daß er diese Woche überhaupt nicht mehr auf der betreffenden Baustelle beschäftigt war. Außerdem ist Genosse Krenz im Besitz einer Befreiungsschein eines Polizisten, welcher ebenfalls im Zimmerverband organisiert ist, welche nachweist, daß er die betreffende Woche auf dem Werkplatz des Baumeisters Rüttner beschäftigt war. In der letzten Streitversammlung ist Genosse Krenz, trotzdem er in Arbeit ebenfalls anwesend gewesen ist und ist dort für einen gewöhnlichen Streit der Bauarbeiterchaft eingetreten. Daraus kann man ersehen, daß die Hanauer in der SPD. nicht einmal vor Lügen zurücktreten, wenn es gilt, unsere Genossen mit Schmutz zu bewerfen. Wir hängen das Gedachten dieses Wiele niedrig, doch er wohl die Meinung der gesamten Bauarbeiterchaft.

Am Donnerstag ist auch ebenso noch die Firma Hantik in den Streit getreten. Heute und einig nicht die Front der Pirnaer Kaufmannschaft. Schwärmen Gerüchte durch die Stadt, daß ab Montag die gesamte Auskunft der Bauarbeiter kommen soll. Mögen die Baugewaltigen ihre Krallen austreten, die Arbeiterschaft wird sich ihrer zu wehren wissen.

Verlag: "Arbeiterstimme" Dresden. — Druck: "Hennig" Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Krenz, Dresden.

Jurgis hatte seine eigenen Sorgen, ihn verfolgte ein anderes Gefühl. Der Kampf mit diesem Ungeheuer zehrte seine ganze Kraft auf, die oft, bisweilen nicht genügte. Jurgis hatte den Zauber des Alkohols entdeckt!

Tag um Tag, Woche um Woche schwärmte er in der dampfenden Hölle, es gab an seinem Körper keine Stelle, die nicht schmerzte; in seinen Ohren braute ein Meer, die Gebäude wogten vor seinen Augen auf und nieder, wenn er durch die Straßen schlief. Und vor diesem Grauen, die Schmerzen gab es Rettung, gab es eine erlösende Pause in der Qual; er konnte trinken! Er vermochte den Schmerz zu vergessen, die Lust abzuschütteln, konnte wieder lächeln, Herz seines Gehirns, seiner Gedanken, seines Willens sein. Sein totes Ich erwachte zu neuem Leben, er lachte und scherzte mit den Kameraden — war wieder ein Mann, der Herr seines Schicksals. Da er sich das erstmal bestraft, fühlte er sich glücklicher, als er dies seit einem Jahr getan hatte, doch wußte er auch, dieses Glück würde nicht lange währen, und dies machte ihn zornig; zornig auf jene, die dieses Glück stören, zornig auf die Welt und sein Leben; und heimlich, verschlichen kostete ihn Scham über die eigene Schwäche. Als er dann die Zusammensetzung der Familie sah, das Geld zusammenzupacken, das er vertrunken hatte, füllten sich seine Augen mit Tränen, und er begann den Kampf wider das Gebein. Es war ein Kampf, der kein Ende hatte, kein Ende haben konnte. Es schwitzt und elend wie er war, bedeckte der Anblick jedes Alkohols für ihn eine Folter. Und überall, in allen Straßen lockten die Kneipen mit hellen Lichtern, mit dem traumhaften Geruch warmer Speisen, mit Glanz und Schönlichkeit. Jurgis liebte es, wenn Ona auf diesen Gangen an seinem Arm lag, er liebte sie fest, streckte fast lahmend dahin. Daß Ona um seine Schwäche wußte, schmerzte ihn ganz besonders, er wurde wild, drückte es daran, es schien ihm unerträglich, denn Ona kann ihn nicht verstehen, das ist wie Alkohol getrunken. Bisweilen überfiel ihn der jährlinge Gedanke, es wäre gut, tränke auch sie, dann würden sie sich zusammenzutun, auf Stunden dem Elend entflohen. Soße Stimmungen lüsteten Jurgis beim, es gab Tage, da er die ganze Familie hasste, weil sie ihm im Wege stand, Weiß ein Auge vor, es gewesen, zu heiraten, sich lieben zu lassen; weil er eine Familie hatte, mußte er in der Fabrik arbeiten, könnte sonst gleich Janas auf die Wunderwelt geben. Und er mußte jeden Cent hinzubringen, konnte nicht einmal mittags mit den Kameraden in die Kneipe essen gehen, hörte im Gefäß die Fabrik, verziehte dort sein Moll.

(Forts.)

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair

Neubearbeitung

— Untertitel: Übertragung aus dem vom Autor neu bearbeiteten amerikanischen Manuskript von Hermann zur Nieden. Copyright by "Der Matrosen-Dienst" 1924. Wie Janas, insbesondere die Nachdrucke und der Übersetzung vorbehalt.

(29. Fortsetzung.)

Der Wurstmaschinenraum ist ganz interessant, wenn man ihn nur betrachtet, vorzusehen, man hört sich da bloß lange Zeit auf und schaut die Arbeiter nicht an. Diese Arbeiter waren vielleicht die schönsten in der ganzen Fabrik. Auf der einen Seite befanden sich große Gefäße, in die dicke Wurstfleisch und Gewürze schwammen; kreisende Messer, die in jeder Minute zweitausend Schwingungen ausübt, schneiden das Fleisch in winzige Stücke. Dann wurde es mit Kartoffelmehl vermengt, mit Wasser durchdröhnt und in die Stoffmaschine am anderen Ende des Raumes befördert. Die Stoffmaschinen wurden von Frauen bedient, die alle so sehr arbeiten, daß das Auge ihren Bewegungen kaum zu folgen vermöchte. Aus dem Lampenkelch erschien zwischen ein gepanztes Gesicht, eine gerunzelte Stirne, tödlich blosse Wangen leuchteten auf, erblieb der Besucher bestartigen, schien es ihm an der Zeit, fortzugehen. Die Frau ging aber nicht fort, verharrte hier Stunde um Stunde, Tag um Tag, Jahr um Jahr, bediente die Stoffmaschine, hegte mit dem Tod um die Wette. Es war Alltäglichkeit, und viele der Frauen mußten eine Familie ernähren. Strenge unerbittliche wirtschaftliche Gesetze bestimmten, dies könne nur geschehen, wenn sie mit Anspannung der Kräfte schwante, ihre ganze Seele der Arbeit hingab. Nicht einmal Zeit nahm, einen Blick auf die elegant gekleideten, gelund aussehenden, wohlgenährten Damen und Herren zu werfen, die herkamen, um die Fabrik zu besichtigen, und die Arbeiterin anzutasten, als sei sie ein wildes Tier in einer Menagerie.

Vierzehntes Kapitel.

Zies also war die neue Umgebung, in der Elvicio lebte, und die Arbeit, die sie verrichten mußte. Es war eine verdammnde Arbeit, die für nichts anderes Kraft brachte, sich jeden Gedanken tötete. Elvicio wurde zu einem Elvicio-Mensch, und alles an einem Menschen, was nicht zur Bedienung der Maschine gehörte, mußte

zugrunde gehen. Eine einzige Wohltat gewährte dieses grausame Leben: die der Gefühlslosigkeit. Allmählich verlor Elvicio in eine Art Betäubung, wurde immer schweigsamer. Des Abends traf er mit Jurgis und Ona zusammen; die drei Freuden wortlos, stumm nebeneinander hergehend, heim. Auch Ona wurde still. Ona, die erste Tag durchgegangen hatte wie ein fröhlicher Vogel. Sie war erschöpft und niedergeschlagen, fand oft kaum die Kraft, sich weiterzuholen. Zumal wurde das Abendbrot verzehrt und gleich nachher — denn sie hatten ja über nichts als über ihr Elend zu reden — tranken sie alle ins Bett. Schlaflos blieb sie, bis die Stunde kam, da sie bei Kerzenlicht aufstehen, sich anziehen und an ihre Maschinen zu treppen mußten.

Doch war Onas Seele nicht erstickt, nein, alle ihre Gedanken lebten, sie waren bloß betäubt, schliefen; bisweilen erwachten sie, und dies bedeutete bitteres Leid. Dann öffneten sich der Erinnerung Tore, alte Freuden kreideten ihnen die Arme entgegen, alte Hoffnungen und Träume rieben sie, und sie regten sich unter der auf ihnen liegenden Last, der unermöglich schweren, nie abzuschüttelnden Last. Sie schrien auf unter dem durchdröhenden Druck, qualvoller Schmerz erschütterte sie, bitterer, denn der Tod. Nur wußten sie es bereits: sie waren besiegt, hatten das Spiel verloren, würden fortgeschlagen. Und diese Niederlage war am nichts weniger tragisch, weil sie den Lohnfragen, der Körnerrechnung, dem Hausszins und nicht vornehmen Gedanken entstiegen. Sie hatten von diesen die Leidetage lang aushalten wird. Sie sind verloren, verloren täglich tiefer. Für sie gibt es keine Rettung, keine Hoffnung, sie sind in der ungeheuren Stadt ebenso verlassen, als befinden sie sich auf offenem Meer, in einer Wüste, in einem Grab. Diese Gedanken überfielen Ona des Nachts, wenn sie erwachte; dann lag sie da, vor dem eigenen Herzschlag erschrockend, horchte in die blutunterlaufenen Augen der ältesten primitiven Angst vor dem Leben und seinem Entleben. Einmal schrie sie laut auf und weinte dadurch Jurgis, der müde und mürrisch war. Später lernte sie lautlos weinen; ihre und Jurgis' Stimmlagen waren fast nie mehr die gleichen. Es war, als seien sogar ihre Hoffnungen in verschiedenen Gräbern begraben.

54 Versammlungskalender

DöPfri (Städtebau) Neustadt-DöPfri. Mittwoch, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, nicht Donnerstag. Funktionärsfahrt im Goldbrunnen, Görlitzer Straße, Ecke Bischofsweg. Wichtige Tagesordnung.

RBD. Neustadt trifft sich Mittwoch den 8. Juli auf dem Bischofsweg 4 Uhr nachmittags. Jedes Mitglied hat zu erscheinen. Bringt eure Freunde und Freundinnen mit. Alle die überarbeitet mitbringen!

Haltung RBD. Metallarbeiter! Donnerstag den 9. Juli, abends 7 Uhr im Restaurant zur Eiche, Große Blauenstraße 34, Wichtige Fraktionsversammlung. Tagesordnung: a) Bericht, b) Wahl zum Gewerkschaftskongress. Jeder Betriebszelle, jeder Genosse muss vertreten sein. Sorgt für zahlreichen Besuch!

Haltung! Metallarbeiter der RZ! Haltung!

Um Dienstag, den 7. Juli, wichtige Zusammenkunft aller in der Metallbranche beschäftigten Genossen und Genossinnen. Treffenpunkt 7.30 Uhr im Sekretariat. Die U.-B.-P.

RZD. Relegspartei. Mittwoch den 8. Juli, abends Punkt 7.30 Uhr, wichtige Fraktionsversammlung in "Stadt Plauen", Kleine Blauenstraße. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch!

RZ. Neustadt. Donnerstag den 9. Juli, abends 7.30 Uhr im Restaurant Goldbrunnen, Görlitzer Straße, Ecke Bischofsweg. Gruppenabend. Tagesordnung: Die Tafel der Varieté. Es ist wichtig, dass jeder Genosse und Genosse erscheint. Bringt eure Freunde und Freundinnen mit.

15. Beitragswoche ist fällig.

Kassierer Mittwoch pünktlich abrechnen!

RZD. Freital. Deninirkel am Mittwoch, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, im Rathaus Voitschappel. Funktionäre müssen erscheinen.

RZD. Freital. Jeden Dienstag, abends 7.30 Uhr, Zusammenkunft im Restaurant "Stadt Freital". Parteigenossen, schickt eure Schulklasse Kinder in die Veranstaltungen der RZ.

Weissenbach. Dienstag, den 7. Juli, abends 7.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Funktionärsfahrt. Alle müssen erscheinen.

Witzelgäßchen Bischofswerda. Freitag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, im "Kronprinz" Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Bezirksrat, 2. Organisationsfragen, 3. Bericht vom Stadtparlament. Zu dieser Versammlung hat jeder Genosse zu erscheinen.

RZ. Bischofswerda. Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr, im "Kronprinz" Jugendversammlung.

Haltung! Beitragskasse! Alle Mannschaften und deutlich gezeichneten (möglichst mit Tinte, nie mit Bleistift!) der Rebaktion einzuhändigen, unbedingt das Erstellen in Frage gestellt ist.

Amtliche Bekanntmachung

Freital

Gebüro Genossenschaft,

die die Schreibmaschinen-Büroblatt vollkommen beherrschte und gut fotografiert kann (Mindestleistung 120 Seiten), zum bilden Dienstantritt geführt.

Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisaufschriften bis 11. Juli bis 10. erbeten an den

Rat der Stadt Freital.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Mittwoch, den 8. Juli 1925 abends 8¹/₂ Uhr in der Reichstraße, Bischofsweg

überordentliche Generalversammlung

Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen und Stellungnahme hierzu

Zutritt haben alle Vertrauensleute gegen Vorzeigung des Wittenbüches und der Vertrauensmännerkarte 1925.

Die Ortsverwaltung

Theater am Wasaplatz

Wegen Umbau bis auf weiteres geschlossen!

Tymians Täglich
Das Thalia- 8 Uhr
einzig wirkliche Theater
Volkstheater Dresdens

W.-Räder
Panzer — Schladitz
Schild — Torpedo
Welt-Adler
Ausstellung 25 M.
Selbst-Ausbildung. Bei Kasse
zurückgeworfen. günstige Preise.
Haus, Palmestr. 19, N. r.

Bierhandlung
Kurt Moack
PIRNA
Dohnaischer Platz 3

**Ihr Geschäft geht nicht!
Ihrer Arbeitsergebnisse
Sie in der Arbeiterstimme**

Goermus

verlässt am 10. Juli Deutschland und reist in seine Heimat zurück.

Letzes Abschiedskonzert

am 8. Juli im Volkshaus Dresden-DöPfri (Striesen), Schandauer Straße.

Karten im Vorverkauf zu haben: Ries, Seelitz, Buchholz, Binder, Waisenhause, Volksbuchh. Buchholz, Schandauer Str. 78, Zigarettengeschäft Otto Jipfel, Zählerplatz, Uhrenmacher Hermann, Görlitzer Str. 30, Textilwarenhaus, Bösenheimer Str., Schuhfabrik Bloch, Worfgrabenstr. 33 (Eing. Wittenberger Str.), Restaurant "Glasbäcker Hof", Glasbäcker Str., Restaurant "Glaewaldshof", Glaewaldstrasse.

Rotter Frontkämpferbund

RZB. Dresden-G. Zentrum und RZ. Kötzschen Mittwoch, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, Abteilungsversammlung im Restaurant zur "Neuen Welt". Am See. Aufnahme von Mitgliedern, Neuwählten und Verschiedenen. Die Gruppenführer müssen unbedingt zeitlos erscheinen.

RZB. 1 (Südwest). Mittwoch, den 8. Juli, abends 7 Uhr, Abteilungsversammlung im Bürgergarten. Da wichtige Tagesordnung, haben alle pünktlich zu erscheinen.

RZB. Bischofswerda. Sonnabend, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im "Kronprinz" Versammlung.

Genosse und Genossin
hast du schon in diesem Monat an die
Inhaftierten
Klassengenossen
gedacht?

Vereinstkalender

RZB. 1. Abteilung (Südwest). Sonnabend den 11. Juli, 7 Uhr Stellen am Bürgergarten. Alle RZB- und Jungkurm-Mitglieder haben pünktlich zur Stelle zu sein.

Sozialistische Freidenker, Gruppe Blumen, Trosch, Rabig und Heiligau. Der Antrag auf Ausstecher der vier Genossen, Kötting, Wolf, Schmidt und Matthes ist zurückgezogen. Damit hat sich diese Angelegenheit für die Gruppe endgültig erledigt.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Gruppe Sauberg, Tollwitz, Dienstag, den 7. Juli, 8 Uhr abends im Volkshaus "Lindenhof" (Zahl. Hermann Meissel), Theodorstraße 2; überordentliche Mitgliederversammlung. Bericht des Genossen Schilde-Heidenau; Die Natur als Quell der Schönheit, sowie proletarische Dichtungen. Auch findet die Urwahl der Delegierten zur außerordentlichen Hauptversammlung statt.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Gruppe Ries, Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus "Zehn". Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Genossen Wiegert über: "Land und Leute in China". 2. Delegationsausschuss.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Beuna. Dienstag, den 7. Juli, abends 7.30 Uhr, in der Schule Vortrag über: "Die Sitten und Krankheiten in Niedersächsisch-Indien".

Arbeiter Sport

Arbeiter-Sportverein Plauenischer Grund. Dienstag, den 8. Juli, findet im Restaurant "Stadt Freital" wichtige Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Werktätigen, 2. Verhandlung mit den Saalhabern, 3. Olympia, 4. Karussellangelegenheiten. Beginn 8 Uhr. Pünktliches Erscheinen aller Delegierten und der Delegierten wird erwartet.

Arbeits-Turn-, Sport- und Spiel-Vereinigung Bienna. Dienstag, den 7. Juli, nach den Spielen Später- und Sportler-Veranstaltung. Erscheinen aller ist notwendig. Staffellaufstrecke.

Metallarbeiter rüstet zur Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress!

Nur noch 2 Tage trennen uns von den Wahlen zum Gewerkschaftskongress. Nach neueren Bestimmungen dürfen nur 4 Namen auf die Stimmzettel geschrieben werden. Alle oppositionellen

Metallarbeiter schreiben folgende Namen auf den Stimmzetteln:

Arno Schwarz, Blaues, Martin Hoop, Bautzen, Paul Kellner, Zwönitz (Lichtenonne), Max Eichhorn, Nossen.

Nur diese Namen dürfen auf den Stimmzetteln zu lesen sein.

Hast du bei deinen Einläufen den Geschäftsmann schon gefragt, warum er nicht in der "Arbeiterstimme" inseriert?

Bayrisches Bierzell

3 Straße 3

Täglich Konzert — Oberländer Kapelle
Echte Kulmbacher, Reichelsbräu und Pilener
Es lädt freundlich ein E. Günther, Bayreuth

Bauhen-Geidau

Rest. „Alt-Geidau“
Zur Schießbleiche Bauhen in meinem Schanzelt
Großer Schießbleichrummel

Mittwoch Schlachtfest

II. Speisen u. Getränke. Aufmerksame Bedienung
Hochachtungsvoll G. Nowotny c.

Drei Hausmarken

Führen wir für unsere Mitglieder in dem besonderen Vertrauensartikel

gebrannter Kaffee

Mischung I, extrafein, Guatema-Mexiko-Neilgherry . Pfld. M. 4.40

Mischung II, ff. Guatema-Mexiko-Santos Pfld. M. 3.80

Mischung III, feinster Santos Pfld. M. 3.20

Sie sind unübertroffen im Geruch, im Geschmack und in der Preiswürdigkeit

Konsumverein Vorwärts